



# Gefahr im Verzug

**EEG-Umlage.** Nach Medienberichten will die Europäische Kommission gegen Deutschland noch vor Weihnachten ein Verfahren wegen der reduzierten EEG-Umlagesätze einleiten. Schon die Ankündigung könnte die Existenz einzelner Unternehmen bedrohen.

Die Förderung der erneuerbaren Energien nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) wird immer teurer. Allein in diesem Jahr sollen von den Stromkunden 20,4 Milliarden Euro über die EEG-Umlage

eingesammelt werden (Kasten Seite 2). Im nächsten Jahr sind dann voraussichtlich 23,6 Milliarden Euro fällig – ein Plus von 16 Prozent.

Die Umlage finanzieren alle Stromkunden, allen voran die Wirt-

schaft. Sie hat im laufenden Jahr 10,8 Milliarden Euro dafür aufgebracht, davon entfielen 6,1 Milliarden Euro auf die Industrie. Privathaushalte waren mit 7,2 Milliarden Euro dabei. Den Rest zahlen öffentliche Einrichtungen.

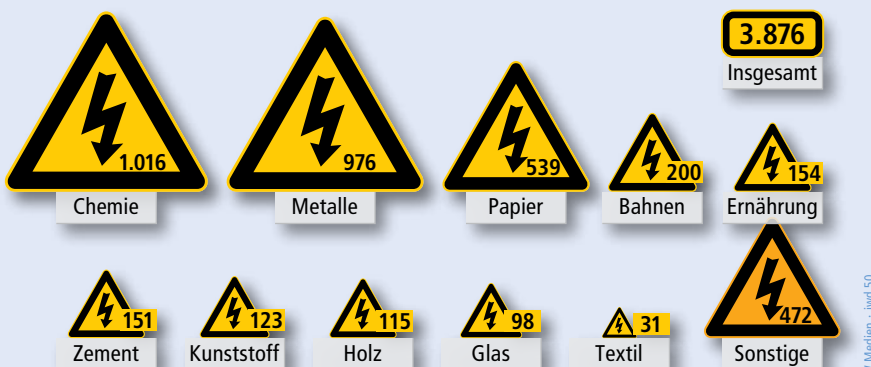
Während Haushalte, Dienstleister, Handwerker und die meisten anderen Verbraucher eine einheitliche EEG-Umlage von momentan 5,28 Cent pro Kilowattstunde zahlen, gibt es für große industrielle Verbraucher Ausnahmen. Voraussetzung ist, dass sich ihre Stromkosten auf mindestens 14 Prozent ihrer Bruttowertschöpfung belaufen.

Für die begünstigten Industriebetriebe gelten folgende Regeln:

- Für die erste Gigawattstunde wird die volle Umlage fällig.
- Für die nächsten neun Gigawattstunden werden 10 Prozent der Umlage erhoben.
- Für die darauf folgenden 90 Gigawattstunden wird die EEG-Umlage auf 1 Prozent reduziert.
- Verbrauchen die Firmen noch mehr Strom, wird dieser Anteil →

## EEG-Umlage: Ohne Ermäßigung wird es teuer

So viele Millionen Euro müssten energieintensive Unternehmen in diesen Branchen insgesamt mehr zahlen, wenn die bisherigen Ausnahmeregelungen für aus dem Netz bezogenen Strom für sie wegfiele. Damit stiege ihre EEG-Umlage von derzeit durchschnittlich 0,1 Cent je Kilowattstunde auf 4,24 Cent je Kilowattstunde. Dieser Satz ergibt sich, wenn die gesamten EEG-Kosten ohne Ausnahme auf alle Stromverbraucher umgelegt würden.



Stand: 2013; Ursprungsdaten: Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, Übertragungsnetzbetreiber

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien · iwd 50

## Inhalt

**Städteranking 2013.** Wolfsburg ist laut einer Analyse der IW Consult von 71 deutschen Großstädten die dynamischste. Seite 3

**PISA.** Beim jüngsten internationalen Schulvergleichstest der OECD haben die deutschen Jugendlichen so gut abgeschnitten wie noch nie. Seite 4-5

**Forschung und Entwicklung.** China ist mittlerweile die zweitgrößte Forschungs- nation der Welt und fördert diese Dynamik auch mit steuerlichen Anreizen. Seite 6

**Lettland.** Anfang Januar führt Lettland als zweiter Baltenstaat den Euro ein. Die Zahl der Euro-Länder steigt damit auf 18. Seite 7

**Straßenverkehr.** Deutschlands Straßen sind sicherer geworden: Seit 1970 ist die Zahl der Verkehrstoten um rund 80 Prozent gesunken. Seite 8

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

**Präsident:**  
Arndt Günter Kirchhoff  
**Direktor:**  
Professor Dr. Michael Hüther  
**Mitglieder:**  
Verbände und Unternehmen  
in Deutschland

→ pauschal mit 0,05 Cent je Kilowattstunde belastet.

- Der Satz von 0,05 Cent gilt für den gesamten Stromverbrauch, wenn mindestens 100 Gigawattstunden benötigt werden und der Stromkostenanteil an der Wertschöpfung mindestens 20 Prozent beträgt.

Eine Ausnahmeregelung gibt es auch für Bahnen. Diese zahlen die Pauschale von 0,05 Cent für jede

Kilowattstunde, wenn sie mehr als zehn Gigawattstunden verbrauchen. Für 10 Prozent des Verbrauchs wird die volle Umlage fällig.

Die Europäische Kommission prüft derzeit, ob gegen das EEG und die Sonderregeln für die Industrie ein Beihilfeverfahren wegen unzulässiger Subventionen eingeleitet wird. Am Ende könnte nicht nur ein Verbot der heutigen Ausnahmeregeln stehen – im schlimmsten Fall droht den Betrieben die Rückzahlung aller EEG-Vergünstigungen, die sie in den vergangenen Jahren erhalten haben.

Schon die Ankündigung, ein Verfahren einzuleiten, hat für deutsche Unternehmen unangenehme Folgen, selbst wenn am Ende der Prüfung ein Okay aus Brüssel kommt. Denn mit der Eröffnung des Verfahrens steht die Höhe der EEG-Umlage für die Industrie unter Vorbehalt. Damit drohen Mehrzahlungen für das laufende Jahr und die Unternehmen müssen entsprechende Rückstellungen bilden, was einigen Betrieben Schwierigkeiten bereiten dürfte.

Um welche Summen es geht, machen zwei Beispielrechnungen deutlich (Grafik Seite 1):

**Branchenbetrachtung.** Werden die Ausnahmen für die Industrie gestrichen, sinkt der Einheitssatz der EEG-Umlage zunächst, weil die Unternehmen mehr zahlen und die anderen Verbraucher entsprechend weniger. Der Durchschnittssatz für energieintensive Unternehmen stiege dann von derzeit 0,1 Cent je Kilowattstunde auf 4,24 Cent. Unter dem Strich zahlen sie dann insgesamt fast 3,9 Milliarden Euro mehr für die erneuerbaren Energien. Allein die Chemie- und die Metallbranche müssten jeweils 1 Milliarde Euro mehr schultern, was für einige Firmen das Aus bedeuten könnte.

## EEG-Umlage

Die EEG-Umlage wird seit dem Jahr 2000 erhoben. Mit dem über die Stromrechnung eingesammelten Geld fördern Privathaushalte und Unternehmen die Stromerzeugung durch erneuerbare Energien. Wie viel die Verbraucher zahlen müssen, wird jedes Jahr aufs Neue festgesetzt. Die Umlage hängt dabei von drei Faktoren ab: erstens von den Garantien für die Produzenten von Ökostrom, zweitens von den Preisen an der Strombörse (vgl. iwD 43/2013) und drittens vom Stromverbrauch, auf den die Mehrkosten umgelegt werden.

Wenn aber große Stromverbraucher wegbrechen, wären damit nicht nur Arbeitsplätze, Kaufkraft und Steuereinnahmen bedroht. Der geringere Stromverbrauch hätte auch ein geringeres Aufkommen aus der EEG-Umlage zur Folge, weshalb die Umlage für alle wieder steigen würde. Denn die garantierten Einspeisevergünstigungen für die Produzenten von Ökostrom bleiben ja in der Höhe unverändert.

**Regionenbetrachtung.** Besonders betroffen von einer Einschränkung der Industrie-Rabatte wäre Nordrhein-Westfalen. Unter dem Strich kämen über 1,2 Milliarden Euro auf die Unternehmen an Rhein und Ruhr zu, wenn die Ausnahmen wegfallen würden (Grafik). Bayern folgt mit 500 Millionen Euro auf Platz zwei, Niedersachsen mit mehr als 430 Millionen Euro auf Platz drei.

Auch ohne das Brüsseler Verfahren droht zum Jahreswechsel neues Ungemach für die Unternehmen, denn die Umlage steigt dann auf 6,24 Cent je Kilowattstunde. Vor allem Firmen, die trotz eines hohen Stromverbrauchs gerade so eben nicht von den Sonderregeln profitieren, werden im internationalen Wettbewerb weiter zurückfallen.

## EEG-Umlage: Neuregelung trifft NRW hart

So viele Millionen Euro müssten energieintensive Unternehmen in diesen Bundesländern insgesamt mehr zahlen, wenn die bisherigen Ausnahmeregelungen für aus dem Netz bezogenen Strom für sie wegfielen. Damit stiege ihre EEG-Umlage von derzeit durchschnittlich 0,1 Cent je Kilowattstunde auf 4,24 Cent je Kilowattstunde. Dieser Satz ergibt sich, wenn die gesamten EEG-Kosten ohne Ausnahme auf alle Stromverbraucher umgelegt würden.

Nordrhein-Westfalen	1.238
Bayern	501
Niedersachsen	432
Baden-Württemberg	272
Brandenburg	225
Sachsen-Anhalt	216
Hessen	204
Sachsen	181
Hamburg	167
Rheinland-Pfalz	139
Thüringen	100
Schleswig-Holstein	69
Saarland	51
Berlin	42
Mecklenburg-Vorpommern	33
Bremen	7
<b>Insgesamt</b>	<b>3.876</b>

Stand: 2013  
 Ursprungsdaten: Bundesamt für  
 Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle,  
 Übertragungsnetzbetreiber

 Institut der deutschen  
 Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien · iwD 50

# Autostädte vorn

**Städteranking 2013:** Laut einer Analyse von 71 deutschen Großstädten durch die IW Consult ist Wolfsburg Deutschlands dynamischste Stadt. Kräftig aufwärts ging es auch mit einigen bayerischen Städten.

„Wenn VW hustet, bekommt Wolfsburg eine Grippe“, lautet ein geflügeltes Wort. Aber auch umgekehrt gilt: Wenn der Autokonzern Erfolge feiert, geht es der Stadt blendend. Nicht von ungefähr belegt die 1938 gegründete Retortenstadt im Städteranking 2013 der Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult den ersten Platz in der Kategorie Dynamik (Grafik): Wolfsburg hat sich von 2007 bis 2012 auf den Feldern Arbeitsmarkt (Gewichtung 40 Prozent), Wirtschaftsstruktur (30 Prozent), Lebensqualität (10 Prozent) und – dem erstmals einbezogenen – Immobilienmarkt (20 Prozent) am besten entwickelt.

Betrachtet man nicht die Entwicklung, sondern das aktuelle Niveau, liegt wie schon in den vergangenen Jahren München vorn – Wolfsburg folgt auf Platz zwei.

**Besonders dynamisch entwickelt** haben sich neben der niedersächsischen Autometropole das bayerische Ingolstadt, Sitz des Autobauers Audi, und Erlangen, der weltweit größte Siemens-Standort. Auf den Plätzen vier, fünf und sieben tummeln sich mit Regensburg, Leipzig und Braunschweig weitere Städte mit starker Automobilindustrie. Die Bundeshauptstadt Berlin macht sich ebenfalls gut: Sie belegt vor allem aufgrund ihrer vielen Start-ups und der Attraktivität für in- wie auslän-

## Städteranking 2013

Für das Städteranking 2013 der IW Consult wurden 71 deutsche Großstädte in vier Kategorien mit insgesamt 89 Indikatoren bewertet. Betrachtet wurden sowohl die Entwicklung von 2007 bis 2012 (Dynamik) als auch das absolute Niveau.

Dynamik-Ranking	Punkte	Platzierung in Kategorie				Platzierung im Niveau-Ranking	
		Arbeitsmarkt	Wirtschaftsstruktur	Immobilienmarkt	Lebensqualität		
<b>Deutschlands Dynamiker</b>							
1	Wolfsburg	66,7	3	1	1	3	2
2	Ingolstadt	63,2	2	2	2	4	4
3	Erlangen	57,3	16	3	8	63	3
4	Regensburg	56,8	7	5	9	13	7
5	Leipzig	56,3	1	11	48	12	50
6	Würzburg	55,4	6	7	12	56	23
7	Braunschweig	55,3	8	14	13	10	29
8	Berlin	54,9	10	24	6	24	45
9	Kassel	54,8	5	50	7	45	43
10	Oldenburg	54,0	23	52	3	5	33

<b>Deutschlands Absteiger</b>							
62	Hagen	45,0	56	55	63	65	60
63	Gelsenkirchen	44,5	63	45	59	71	71
64	Solingen	44,5	59	62	57	67	52
65	Herne	44,4	71	27	54	61	70
66	Mülheim/Ruhr	44,2	49	69	64	58	44
67	Salzgitter	44,1	54	65	69	51	53
68	Wuppertal	44,0	65	39	70	66	61
69	Krefeld	43,9	68	64	52	70	58
70	Oberhausen	43,1	70	56	67	40	69
71	Remscheid	42,4	69	54	71	69	46

Punkte: Eine Stadt, die bei allen Indikatoren den jeweiligen Durchschnittswert erreicht, käme auf eine Punktzahl von 50; Quelle: IW Consult

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iw-d 50

dische Fachkräfte den achten Platz im Dynamik-Ranking.

**Auf den hinteren zehn Plätzen** finden sich, sowohl was Status quo als auch Entwicklung anbelangt, fast ausschließlich Städte aus Nordrhein-Westfalen. Eine schwache Dynamik weist zum einen der Ruhrpott mit Oberhausen, Mülheim, Herne und Gelsenkirchen auf, aber auch das Bergische Städtedreieck Remscheid, Wuppertal und Solingen

zählt zu den Verlierern. Dazu gesellt sich die Stahlstadt Salzgitter – ganze 50 Kilometer vom Gewinner Wolfsburg entfernt, sogar VW-Standort, aber doch mit völlig anderen Sorgen: Der Immobilienmarkt schwächelt und die Arbeitslosenquote ist mit 8,9 Prozent im November 2013 fast doppelt so hoch wie die in Wolfsburg.

Langfassung des Texts und Gutachten  
unter: [www.iwkoeln.de/staedteranking](http://www.iwkoeln.de/staedteranking)

# Im fünften Anlauf zum Musterschüler

**PISA.** Die Leistungen der 15-jährigen Schüler in der Bundesrepublik haben sich in den vergangenen Jahren deutlich verbessert. Gleichwohl sind deutsche Jugendliche noch weit entfernt von den Spitzenwerten ihrer asiatischen Altersgenossen. Um hier aufzuschließen, muss noch einiges passieren.

Vom Loser zum Musterschüler: Deutsche Schüler sind so schlaue wie lange nicht mehr. Das ist das Ergebnis der jüngsten PISA-Untersuchung, einer im Drei-Jahres-Rhythmus durchgeführten OECD-Studie, die die schulischen Leistungen der 15-Jährigen in insgesamt 65 Staaten unter die Lupe nimmt. Im vergangenen Frühjahr beteiligten sich an dem

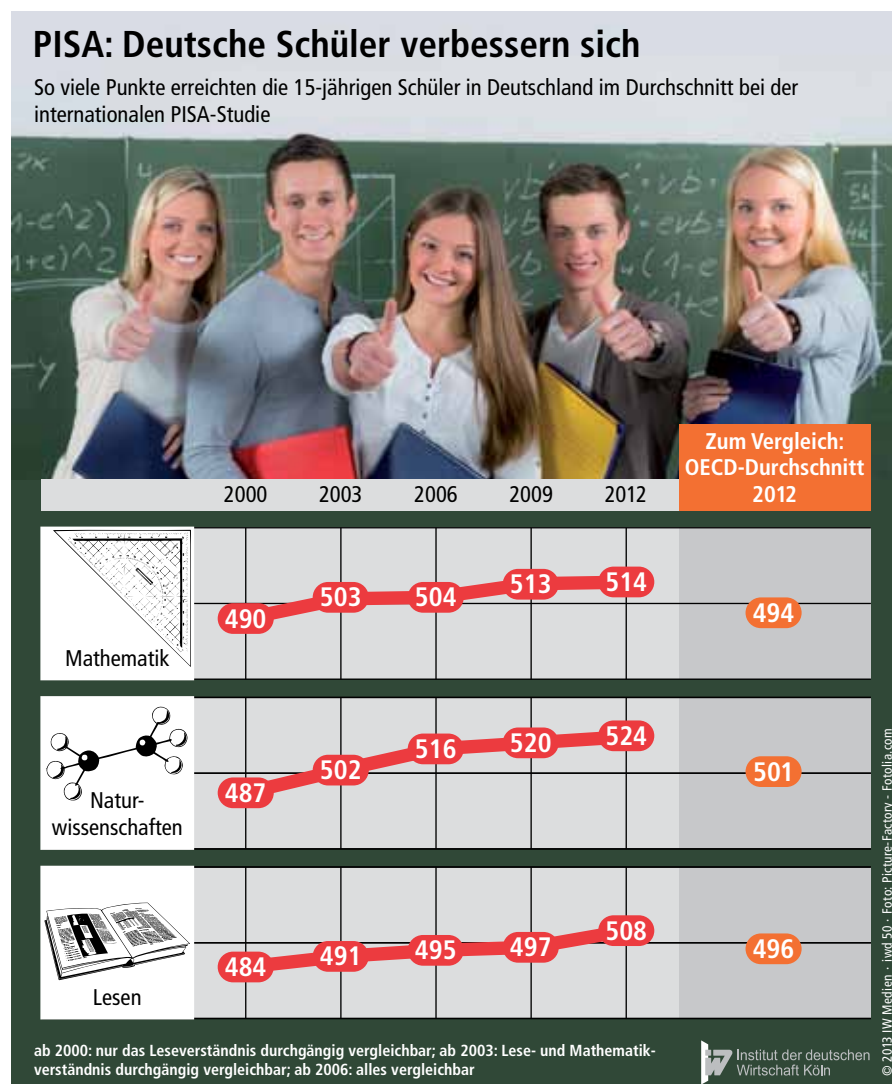
weltweit größten Schultest rund 510.000 Jugendliche, allein in der Bundesrepublik ackerten sich etwa 5.000 Schüler durch die PISA-Aufgaben – und ihr Testergebnis kann sich sehen lassen (Grafik):

**Zum ersten Mal erzielen die Jugendlichen in Deutschland in allen drei Disziplinen – Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften – Werte, die**

**über dem internationalen Durchschnitt liegen.**

Beim ersten Leistungsvergleich im Jahr 2000 schnitten die deutschen Schüler in allen Kategorien derart schlecht ab, dass fortan vom „PISA-Schock“ die Rede war. Seitdem haben sich die Jungen und Mädchen in Deutschland zwar kontinuierlich verbessert, doch so gut wie in der jüngsten Studie schnitt noch keine Generation zuvor ab. Die PISA-Ergebnisse 2012 im Detail:

- Der Schwerpunkt der aktuellen Untersuchung lag auf der Überprüfung der **mathematischen Kompetenzen**. Hier erreichen die 15-Jährigen in Deutschland mit 514 Punkten einen Wert, der signifikant über dem OECD-Durchschnitt von 494 Punkten liegt. Damit haben die Jugendlichen in Deutschland gegenüber dem Länderdurchschnitt in Mathe einen Vorsprung von etwa einem halben Schuljahr. Allerdings schneiden die Mädchen hierzulande deutlich schlechter ab als die Jungen. Besser rechnen können innerhalb der OECD-Länder unter anderem die Schüler aus Südkorea (554 Punkte), Japan (536 Punkte) und der Schweiz (531 Punkte).
- In den **Naturwissenschaften** schneiden deutsche Schüler mit 524 Punkten besonders gut ab; noch mehr erreichen Japan (547), Finnland (545), Estland (541), Südkorea (538), Polen (526) und Kanada (525).
- Mit 508 Punkten haben die Jugendlichen in Deutschland in Sachen **Lesekompetenz** erstmals einen Wert erzielt, der deutlich oberhalb des OECD-Durchschnitts von 496 Punkten liegt. Dabei sind die Mäd-



## Weniger Risikoschüler

Anteil der besonders leistungsschwachen 15-jährigen Schüler in Deutschland bei der internationalen PISA-Studie

	2000	2003	2006	2009	2012
Mathematik	24,0	21,6	19,9	18,6	17,7
Naturwissenschaften	26,3	23,6	15,4	14,8	12,2
Lesen	22,6	22,3	20,1	18,5	14,5

ab 2000: nur das Leseverständnis durchgängig vergleichbar; ab 2003: Lese- und Mathematikverständnis durchgängig vergleichbar; ab 2006: alles vergleichbar  
Quelle: OECD

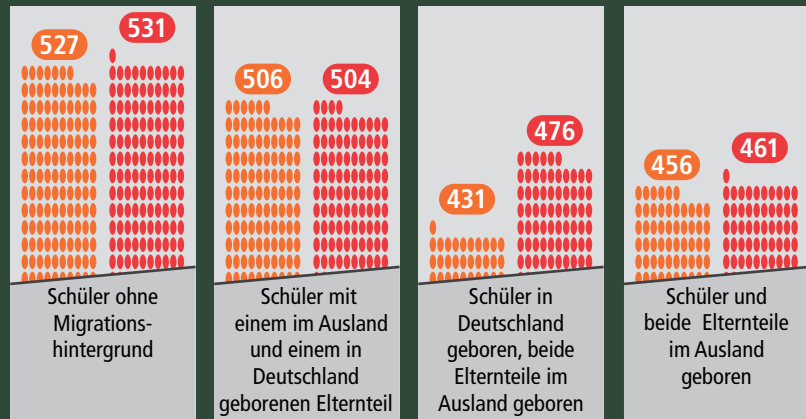
Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien · Iwd 50

## PISA: Migranten holen auf

So viele Punkte erreichten die 15-jährigen Schüler in Deutschland bei der internationalen PISA-Studie in Mathematik

■ Mittelwert im Jahr 2003 ■ Mittelwert im Jahr 2012



Quelle: OECD

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien · Iwd 50

chen den Jungen in der Bundesrepublik mit 44 Punkten Vorsprung beim Textverständnis im Schnitt um ein Schuljahr voraus.

Schaut man sich den Wissensvorsprung der heutigen Schüler für die drei untersuchten Kompetenzfelder insgesamt an, so sind sie ihren Altersgenossen aus dem Jahr 2000 um ein halbes bis ein ganzes Schuljahr voraus. Dieser Vorsprung basiert vor allem auf den besseren Leistungen der schwächeren Jugendlichen. So ist der Anteil der sogenannten Risikoschüler in den vergangenen Jahren deutlich geschrumpft (Grafik). Alarmierend sind die Zahlen gleichwohl:

**Im PISA-Test 2012 scheiterte fast jeder sechste Schüler in Deutschland an den Mindestanforderungen in Mathematik, jeder siebte konnte nicht richtig lesen.**

Als im Jahr 2001 die Ergebnisse der ersten PISA-Studie veröffentlicht wurden, war man besonders schockiert darüber, dass benachteiligte Schüler überproportional oft zu den Bildungsverlierern zählten. Zwar liegen die Leistungen von Zuwandererkindern auch heute noch unter denen der deutschstämmigen

Schüler, doch der Abstand ist deutlich geschrumpft (Grafik):

**In Mathe hatten Schüler, deren Eltern beide im Ausland geboren sind, im Jahr 2003 volle 96 PISA-Punkte weniger als Schüler ohne Migrationshintergrund; im Jahr 2012 betrug der Rückstand nur noch 55 Punkte – ohne dass sich die deutschstämmigen Jugendlichen verschlechterten.**

Mit 476 Punkten in Mathe erreicht die zweite Zuwanderergeneration in Deutschland in der jüngsten PISA-Studie in etwa das Durchschnittsniveau aller Schüler in den USA (481 Punkte) oder in Schweden (478 Punkte).

Die Fokussierung auf die frühkindliche Bildung – verbunden etwa mit dem Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz –, der Ausbau der Ganztagschulen und die gezielte Förderung von sozial benachteiligten Kindern zeigen also erste Wirkung. Doch wenn Deutschland bei einer der nächsten PISA-Studien nicht nur Musterschüler, sondern Klassenprimus werden will, muss es noch einige Hausaufgaben erledigen:

**Erstens.** Damit Schüler dem Unterricht problemlos folgen können,

ist die Beherrschung der deutschen Sprache unerlässlich – deshalb sollte es nicht nur Sprachstanderhebungen und Sprachförderangebote in den Kindergärten und Grundschulen geben, sondern auch eine systematische Deutschförderung für Schüler in den weiterführenden Schulen.

**Zweitens.** Das Ganztagschulangebot sollte weiter ausgebaut werden, auch, um die Bildungsarmut in Deutschland weiter zu reduzieren.

**Drittens.** In Mathematik, in den Naturwissenschaften und in einigen technisch orientierten Fächern müssen zusätzliche Lehrkräfte ausgebildet werden. Bereits heute gibt es in diesen Fächern Personalengpässe, sodass ein verlässlicher Schulunterricht oft kaum noch zu bewerkstelligen ist.

**Viertens.** Darüber hinaus sollte das Unterrichtsvolumen in Mathematik und in den Naturwissenschaften ausgebaut werden. Denn insbesondere die mathematisch-naturwissenschaftlichen Kompetenzen der Schulabsolventen entscheiden langfristig darüber, welche Innovationskraft sich in Deutschland entwickeln kann (vgl. iwd 3/2012).

# China auf dem Weg zur Nummer eins

**Forschung und Entwicklung.** Mit einer langfristigen Strategie und reichlich Investitionen ist China in die erste Liga der Forschungsnationen aufgestiegen. Ein Erfolgsfaktor ist die steuerliche Förderung. Davon will die deutsche Politik jedoch nichts wissen.

So schnell kann es gehen – auch in der Politik: 2006 kündigte die chinesische Regierung an, das Land wolle seine Forschungsanstrengungen bis 2020 verdoppeln und bis 2050 zur weltweit führenden Technologienation aufsteigen. Große Worte, denen aber auch große Taten gefolgt sind. Denn China ist auf dem besten Weg, diese Ziele sogar früher als geplant zu erreichen:

- Bereits 2009 hat China Japan überholt und sich bei den kaufkraftbereinigten Investitionen in Forschung und Entwicklung (FuE) hinter die USA auf Platz 2 geschoben. Deutschland hatten die Chinesen schon 2005 hinter sich gelassen.
- Im Jahr 2011 wurden in China mehr als doppelt so viele Mittel in

FuE gesteckt wie in Deutschland, im Jahr 2000 war es noch umgekehrt.

- Zwischen 2000 und 2011 hat die EU-28 ihre FuE-Investitionen um gut 11 Prozent erhöht, im selben Zeitraum stiegen die chinesischen Investitionen auf das Doppelte.

Beeindruckend ist auch der Vergleich mit dem derzeitigen FuE-Primus, den USA: Zwischen 2006 und 2011 wuchsen die chinesischen FuE-Investitionen um jahresdurchschnittlich 19 Prozent, die der USA um 3 Prozent.

**Setzt sich diese Dynamik fort, wird China die USA bereits 2016 als Forschungsnation Nummer eins ablösen.**

Zwar hat auch Deutschland seine Forschungsanstrengungen seit der Jahrtausendwende kontinuierlich gesteigert, doch mit der chinesischen Dynamik kann die Bundesrepublik nicht mithalten. Ein Grund dafür ist, dass China ein umfangreiches System steuerlicher FuE-Förderung eingeführt hat, das aus Freibeträgen, Zulagen und erleichterten Abschreibungsmöglichkeiten besteht. Darü-

ber hinaus wurden neu gegründete Hightech-Unternehmen jahrelang von der Steuerpflicht befreit. Deutschland unterstützt seine innovative Wirtschaft dagegen eher spärlich (Grafik):

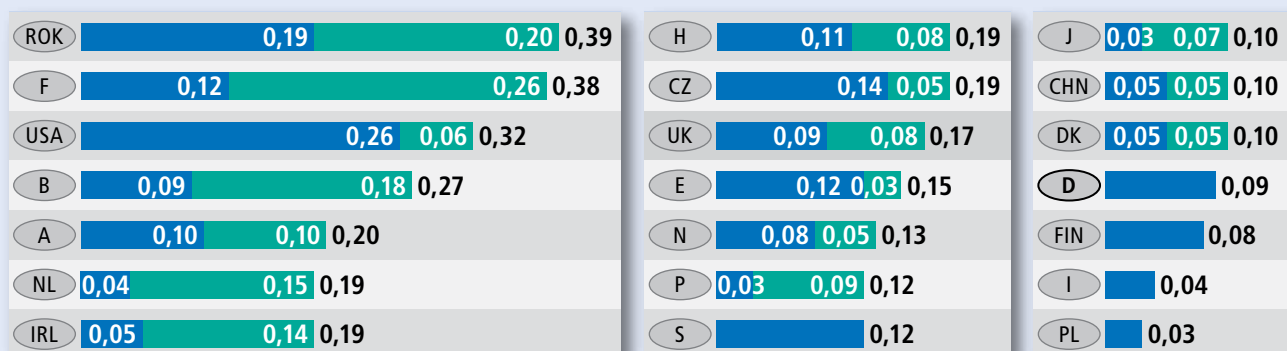
**Der deutsche Staat investierte 2011 weniger als 0,1 Prozent der Wirtschaftsleistung in die Forschung und Entwicklung der heimischen Wirtschaft – in den Niederlanden, den USA oder Frankreich sind die Quoten zwei- bis viermal so hoch.**

Hinzu kommt, dass die meisten Länder auf einen klugen Mix aus direkter Forschungsförderung über Projektmittel und steuerlicher FuE-Förderung setzen – Deutschland dagegen verzichtet auf steuerliche Anreize. Dabei könnte dieses relativ unbürokratische Instrument vor allem in der mittelständisch geprägten Industrie brachliegende Potenziale aktivieren. Denn auf diese Betriebe entfallen derzeit lediglich 11 Prozent aller unternehmerischen Forschungsausgaben – niedriger ist die Quote nur noch in Japan.

## Forschungsförderung international

Mit so viel Prozent der Wirtschaftsleistung unterstützt der Staat Forschung und Entwicklung (FuE) der Wirtschaft

■ Direkte Förderung (z.B. Projekte) ■ Indirekte Förderung über steuerliche FuE-Anreize



Stand: 2011; Belgien, Irland, Spanien: 2010; China: 2009; ROK: Südkorea, CHN: Volksrepublik China; Quelle: OECD

# Der Euro trifft auf Skepsis

**Lettland.** Am 1. Januar 2014 wird Lettland als 18. EU-Land den Euro einführen. Die lettische Regierung hatte zuletzt alles getan, um die Beitrittskriterien zu erfüllen. Die Bevölkerung ist allerdings noch nicht von der europäischen Währung überzeugt.

Dass in Lettland derzeit mit dem Lats bezahlt wird, werden wohl außer den Letten fast nur Baltikum-Reisende wissen. Doch demnächst wird alles anders – denn zum Jahresbeginn 2014 tritt die lettische Republik der Europäischen Währungsunion bei. Nach Estland ist Lettland damit der zweite Baltenstaat, der unter das Euro-Dach schlüpft; Litauen peilt den Beitritt für 2015 an.

Bereits im Juni 2013 haben die EU-Kommission und die Europäische Zentralbank den Letten grünes Licht gegeben, da das Land alle Bedingungen für die Euro-Einführung erfüllt – Inflationsrate, langfristige Zinsen, Haushaltsdefizit und Schuldenstand liegen unter den zulässigen Höchstwerten.

Auf dieses Ziel hat die bis vor kurzem vom Ministerpräsidenten Valdis Dombrovskis geführte lettische Regierung offenbar konzentriert hingearbeitet. Dies legt zumindest der politische Kurs nahe, den Lettland während der schweren Finanz- und Wirtschaftskrise der Jahre 2008 bis 2010 wählte. Damals geriet das Land in eine ausgesprochen prekäre Finanzlage (Grafik):

**Im Jahr 2009 stieg das Defizit des Staatshaushalts auf fast 10 Prozent der Wirtschaftsleistung.**

Zwar bat Lettland bereits 2008 die EU, den Internationalen Währungs-

fonds sowie die Nachbarstaaten um Hilfe und erhielt am Ende ein Rettungspaket von 7,5 Milliarden Euro. Doch gegen den Rat von Ökonomen – unter anderem vonseiten des Währungsfonds – wertete Lettland seine Währung nicht ab, um seine Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Ausland zu steigern und so seine wirtschaftliche Lage zu verbessern. Der Grund für die Weigerung: Ein stabiler Wechselkurs ist ebenfalls eine Voraussetzung für den Euro-Beitritt.

Stattdessen setzte die Regierung auf sinkende Lohnstückkosten und Strukturreformen (vgl. iwD 29/2012). Am Ende führte wohl vor allem die wieder steigende Produktivität dazu, dass die Exporte zulegten und somit die Wirtschaft 2011 auf den Wachstumspfad zurückfand:

**Im laufenden Jahr wird das lettische Bruttoinlandsprodukt laut Prognose der EU-Kommission real um 4 Prozent wachsen – das wäre das größte Plus aller 28 EU-Länder.**

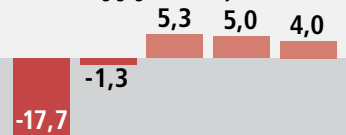
Die Letten können also zuversichtlich nach vorn blicken – der Euro-Einführung begegnen sie dennoch mit ziemlicher Skepsis. Einer Eurobarometer-Umfrage vom April dieses Jahres zufolge rechnen 54 Prozent mit negativen Auswirkungen für ihr Land. Konkret befürchten 75 Prozent der lettischen Bürger vor allem steigende Preise. Nur 30 Prozent sind dagegen der Ansicht, der Euro könnte das Wirtschaftswachstum stärken und für mehr Arbeitsplätze sorgen. Und lediglich 26 Prozent glauben, die Gemeinschaftswährung werde das Land vor den Auswirkungen internationaler Krisen schützen.

## Lettland in Zahlen

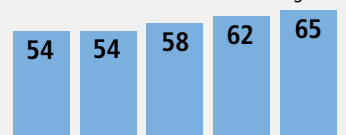


2009 2010 2011 2012 2013

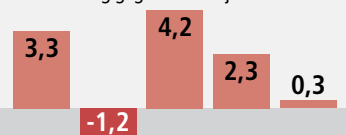
**Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP)**  
Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



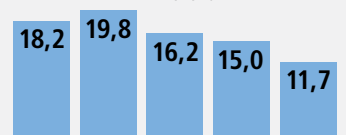
**BIP je Einwohner, EU-28 = 100**  
um Kaufkraftunterschiede bereinigt



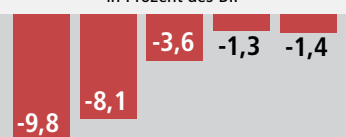
**Verbraucherpreise**  
Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



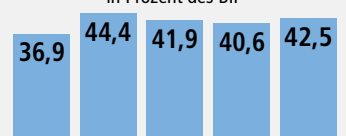
**Arbeitslosenquote**  
in Prozent



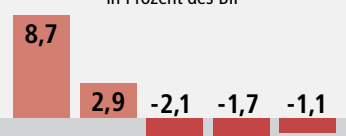
**Haushaltssaldo**  
in Prozent des BIP



**Schuldenstand**  
in Prozent des BIP



**Leistungsbilanzsaldo**  
in Prozent des BIP



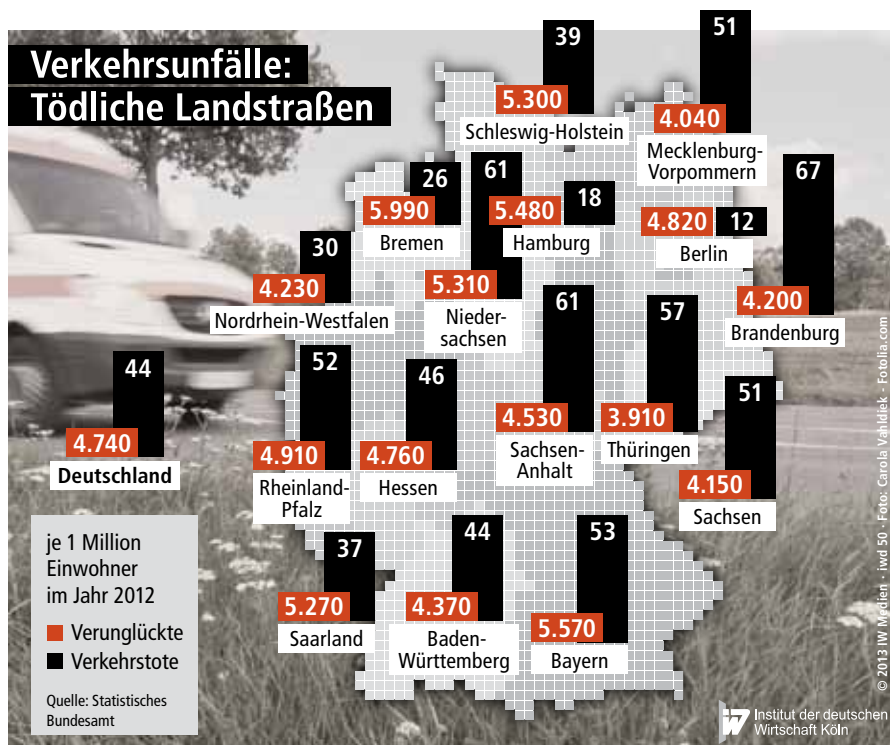
2013: Prognose; Leistungsbilanzsaldo: Saldo unter anderem aus dem grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungshandel sowie den privaten und staatlichen finanziellen Übertragungen; Quellen: Europäische Kommission, Internationaler Währungsfonds

# So sicher wie noch nie

**Straßenverkehr.** Deutschlands Straßen sind in den vergangenen vier Jahrzehnten sicherer geworden. Allein die Zahl der Verkehrstoten ist in West und Ost seit 1970 um mehr als 80 Prozent gesunken. Dazu beigetragen haben nicht zuletzt die Pkw-Hersteller mit ausgefeilten Sicherheitssystemen in ihren Fahrzeugen.

Deutschlands Verkehrsteilnehmer sind zwar nicht unbedingt achtsamer geworden – die Unfälle enden heutzutage aber glimpflicher als früher. So verunglücken seit 1992 jedes Jahr zwischen 2,2 bis 2,4 Millionen Bundesbürger im Straßenverkehr. Die Zahl der Verkehrstoten sank indes um genau zwei Drittel auf zuletzt 3.600, die der Schwerverletzten halbierte sich. Auch die Zahl der Leichtverletzten ging zurück – um knapp ein Fünftel.

**Der Anteil der getöteten Motorradfahrer hat sich seit 1992 auf 16 Prozent fast verdoppelt. Der Anteil**



**der bei einem Unfall getöteten Pkw-Fahrer hat sich dagegen von 60 auf 50 Prozent verringert.**

Diese Zahlen belegen einmal mehr, dass gerade die passive und aktive Sicherheit der Personenkraftwagen deutliche Fortschritte gemacht hat. Airbags, Seitenaufprallschutz, ABS und aktive (Notbrems-) Systeme, die einen Crash verhindern, sorgen heute für mehr Sicherheit der Fahrzeuginsassen als je zuvor.

Aber auch die Maßnahmen zum Aufprallschutz für Fußgänger – wie leicht nachgebende Stoßstangen und Motorhauben – haben sich ausgezahlt. Der Anteil der Fußgänger an den Verkehrstoten ist von 17 auf 14 Prozent gesunken. Vor allem Kinder und Jugendliche sind heute sicherer unterwegs als früher:

**Im Jahr 1992 verunglückten insgesamt 474 unter 16-Jährige tödlich, 2012 waren es nur noch 73.**

Die sichersten Straßen sind die Autobahnen. Obwohl sie ein Drittel des Verkehrs aufnehmen, waren auf ihnen 2012 nur rund 10 Prozent aller Unfallopfer zu beklagen. Auf die Landstraßen entfiel dagegen ein Anteil von 60 Prozent.

Mehr als jeder vierte Verkehrstote starb beim Aufprall auf einen Baum. Dies erklärt auch, warum Brandenburg in Relation zur Bevölkerungszahl die meisten Verkehrstoten aufweist (Grafik) – das Land hat 8.000 Kilometer Alleen. Gut weg kommen dagegen die Stadtstaaten, wo der Verkehr oft nur langsam fließt und Unfälle deshalb meist glimpflich ausgehen.

## Adressaufkleber

## Impressum

**Herausgeber:**  
 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

**Chefredakteur:** Axel Rhein  
**Stellv. Chefredakteur:** Klaus Schäfer (verantwortlich)

**Redaktion:** Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber

**Redaktionsassistent:** Ines Pelzer

**Grafik:** Michael Kaspers, Ralf Sassen

**Telefon:** 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504  
**E-Mail:** iw@iwkoeln.de

**Bezugspreis:** € 8,67/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise wöchentlich

**Aboservice:** Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

**Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln  
**Telefon:** 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

**Druck:** Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de  
 Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de